

Dringliche Fragen

**für die Fragestunde der 147. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 5. März 2008**

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordnete
**Dorothee
Menzner**
(DIE LINKE.)

Wie gedenkt die Bundesregierung bei einer Änderung des VW-Gesetzes sicherzustellen, dass ein Beschluss, eines der Werke zu schließen, wie bisher an eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Aufsichtsrat gebunden ist, die ohne die Vertreter der Arbeitnehmer nicht zustande kommen kann, und wie bewertet die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Anfang dieser Woche bekannt gewordene Absicht der Porsche AG, die Mehrheit der Aktien der Volkswagen AG zu übernehmen?

Berlin, den 4. März 2008

